

**Die eine oder keine Welt  
Die Bilanz des Jahrhunderts**

**Anton Pelinka**

---

Das 20. Jahrhundert war das Jahrhundert der Vernichtung. Der Nationalsozialismus führte vor, was die letzte Konsequenz der Betonung von Differenz ist. Am Ende der Unterscheidung zwischen Menschen und Menschen stand Auschwitz. Der Stalinismus demonstrierte, wohin die Vorstellung der unbegrenzten Machbarkeit führt. Die Gleichsetzung von Gesellschaft und Maschine brachte Millionen den Tod. Kriege einer bis zu diesem, zu unserem Jahrhundert unbekannt Dimension zerstörten Leben und Lebenschancen von Generationen mehrerer Kontinente.

Das 20. Jahrhundert war aber auch das Jahrhundert einer neuen Besinnung. Die Entkolonialisierung bedeutet die Chance der Universalität - und die Verkündigung weltweit geltender Menschenrechte gibt dieser Universalität eine ethische Grundlage. Statt der Betonung von Differenz soll die Gleichheit der Würde treten. Der schrecklichen Utopie einer zentral geplanten Menschheit steht die Vorstellung einer Demokratie entgegen, deren Wesen die Absage an Perfektion ist. Die Realität des Krieges wird erstmals mit dem Programm eines weltweiten Friedens beantwortet.

Für Österreich und Europa war der Nationalsozialismus die beherrschende Erfahrung des Jahrhunderts. Der Nationalstaat erfuhr im NS-Regime seine konsequente Vollendung. Der Biologismus fand in den Nürnberger Gesetzen und im Holocaust seine politische Umsetzung. Im offen angestrebten Angriffskrieg zeigte die deutsche Führung der Welt, worin Sozialdarwinismus und Nationalismus münden.

Dieses Jahrhundert, an dessen Beginn das Wort des deutschen Kaisers von den "herrlichen Zeiten" stand, entzog dem Fortschrittsoptimismus jede Grundlage. Die Annahme, daß Aufklärung und Technologie die Lebensverhältnisse aller automatisch verbessern würden, wurde als wirklichkeitsfremdes, als naives Wunschdenken entlarvt. Die Geschichte hat keine in sich geschlossene Logik. Am Ende des Jahrhunderts steht daher auch das Ende der Mega-Theorien von Geschichte und Gesellschaft, die aus den Erkenntnissen der Vergangenheit die Regeln der Zukunft ableiten wollten.

Österreich hat dieses Jahrhundert als Ende und als Anfang erlebt. Am Beginn stand das Zerschneiden Österreichs, das sein Programm, ein übernationales Reich zu sein, nicht erfüllen konnte. Dem folgte der Anfang von Demokratie und Republik. Am Ende des Jahrhunderts steht ein relativ kleiner Nationalstaat, der sich in die (west)europäische Integration einfügt - der sich in den Anfang einer europäischen Föderation einbettet. Zwischen diesem mehrfachen Ende und Anfang lag die österreichische Absage an Österreich.

Die österreichische Demokratie, in der Monarchie unvollendet, wurde am Reißbrett der Verfassung von 1920 perfektioniert - nur um an der mangelnden Bereitschaft der Gesellschaft zur Demokratie, am mangelnden demokratischen Konsens zu scheitern. Daß die

österreichische Demokratie 1945 ihre zweite Chance erhielt, war vor allem der Weltpolitik zu danken. Der Sieg der Alliierten und das geopolitische Gewicht der Westmächte sicherten Österreich eine insgesamt stabile Demokratie nach dem Muster, das sich im Westen Europas und im Norden Amerikas entwickelt hatte.

Diese Geschichte der österreichischen Demokratie sollte gegen die Versuchung eines österreichischen Exzeptionalismus immunisieren; gegen jene Vorstellung, daß Österreich auf Dauer besondere und besonders positive Ausnahmeregelungen beanspruchen kann und beanspruchen soll. Die Väter und Mütter der österreichischen Demokratie sind dieselben, die für die britische und französische, für die niederländische und amerikanische, für die schwedische und Schweizer Demokratie verantwortlich sind. Die österreichische Demokratie ist an der demokratischen Peripherie entstanden - und kein patriotisches Wunschdenken kann und soll diese Tatsache vernebeln.

Am Beginn des Jahrhunderts stand, in Österreich und anderswo, der Kampf um das allgemeine und gleiche Wahlrecht für Frauen und Männer. Am Ende des Jahrhunderts ist dieses Ziel längst Selbstverständlichkeit - oder auch nicht. Denn wir haben uns zwar daran gewöhnt, daß alle Bürgerinnen und Bürger das Wahlrecht besitzen - aber eben nur die, die über das "richtige Papier" verfügen, über die österreichische Staatsbürgerschaft. Eine insgesamt wachsende Zahl von Personen, die legal in Österreich leben, werden so vom Wahlrecht ausgeschlossen - obwohl sie in Österreich Steuern zahlen und den österreichischen Gesetzen unterliegen.

Mit dieser nicht nur österreichischen, sondern weltweiten Problematik ist ein neues Jahrhundertthema angesprochen: Immer mehr Menschen wohnen, im Gefolge der Globalisierung, in einem Staat, dessen Bürgerrechte sie nicht besitzen. Und eher exklusiver werdende Vorschriften erschweren den Zugang zu diesen Bürgerrechten. Die Folge ist eine Helotentum moderner Prägung: Millionen von Menschen leben im Stadium zwischen Recht und Rechtlosigkeit.

Diese Distanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist ein Produkt des 20. Jahrhunderts: Die Menschenrechte sollen, in Übereinstimmung mit der Dynamik der Globalisierung, die Bedeutung von Nationen und Nationalstaaten immer mehr reduzieren. Die Realität der Nationalstaaten bestimmt aber nach wie vor die Qualität von Demokratie und Mitbestimmung.

Zum Besten, was uns dieses Jahrhundert in das nächste mitgeben kann, zählt eine erhöhte Sensibilität für diese und andere Widersprüche. Es ist schon ein Fortschritt, wenn - am Beginn eines neuen Jahrhunderts, eines neuen Jahrtausends - uns niemand "herrliche Zeiten" in Aussicht stellt.

---

### **Wir sind die Mehrheit, oder?**

Einige Überlegungen zum Verständnis von Demokratie

**Erna Appelt**

---

### *Demokratie ist uns selbstverständlich geworden*

Heute erfreut sich die Demokratie als Staats- und Regierungsform großer Beliebtheit. Das war keineswegs immer so. Bis ins 18. und 19. Jahrhundert war die Idee der Demokratie weitgehend verpönt. Erst im 20. Jahrhundert hat die Demokratie nach und nach ihren weltweiten Siegeszug angetreten. Heute scheint es uns selbstverständlich, in einer Demokratie zu leben und demokratische Rechte in Anspruch zu nehmen, es scheint uns selbstverständlich, daß wir zur Wahl gehen können, Vereine und Parteien gründen und Ansprüche an den Staat stellen.

Die allermeisten demokratischen Rechte können wir völlig voraussetzungslos in Anspruch nehmen: Wir beteiligen uns an Gemeinderats-, Landtags- und Nationalratswahlen, ohne nachweisen zu müssen, wie gut oder schlecht wir etwa über die österreichische Verfassung Bescheid wissen, ohne uns etwa einer Prüfung über die völkerrechtlichen Verpflichtungen Österreichs oder ähnlichem unterziehen zu müssen. Demokratische Rechte sind für die meisten von uns etwas "Natürliches" geworden.

### *Demokratie beruht auf vorgängigen Prinzipien*

Demokratische Herrschaft soll - so die Grundforderung - auf der Basis politischer Gleichheit und politischer Beteiligungsrechte der Bevölkerung im Erwachsenenalter ausgeübt werden. Demokratien beruhen auf einer Reihe von Annahmen, vor allem auf dem Gleichheitsgrundsatz und der Freiheitsannahme, d.h. der Annahme, daß Menschen grundsätzlich nicht der Herrschaft anderer Menschen unterworfen sein sollen, ohne umgekehrt Macht und Kontrolle über die Machthaber erringen zu können. Diese beiden Annahmen liegen ganz generell Demokratien zugrunde. Sie sind der Demokratie vorgängig; sie sind Grundvoraussetzungen des politischen Projektes Demokratie. Der Gleichheitsgrundsatz und das Freiheitspostulat sind Voraussetzung und gleichzeitig immanentes Ziel demokratischen Handelns.

### *Demokratie versteht sich nicht von selbst*

Daß die österreichische Demokratie für uns so selbstverständlich geworden ist, daß sie sich heute "von selbst versteht", entspricht nur sehr bedingt der historischen und politischen Realität: Sowohl im historischen Kontext als auch in völkerrechtlicher Hinsicht ist die österreichische Demokratie ein ausgesprochen voraussetzungsreiches Gebilde. Die Republik Österreich ist in diesem Jahrhundert zweimal ausgerufen worden; und beide Male war dies eine Konsequenz eines Weltkrieges, den Österreich als nicht demokratisches Land bzw. als Teil des nicht mehr demokratischen Deutschland mitangezettelt hat.

Völkerrechtlich ist Österreich vielfältig eingebunden. Österreichs ist Mitglied bei den Vereinten Nationen, des Europarates, der sich als Hort parlamentarischer Demokratie und der Menschenrechte versteht. Die Republik Österreich ist eine Fülle von völkerrechtlichen Verpflichtungen eingegangen; hier sei nur als ein Beispiel die Unterzeichnung der Menschenrechtskonventionen durch Österreich genannt, die die Anerkennung politischer, sozialer und ökonomischer Rechte als Menschenrechte festschreiben (vgl. Menschenrechtspakte aus dem Jahr 1966).

Die österreichische Demokratie ist somit kein Heimprodukt; sie ist kein isoliertes politisches Unternehmen, sondern Teil der westlichen demokratischen Systeme. Das österreichische Volk, der "demos" war bzw. ist nicht der politische Zusammenschluß aller Österreicher und Österreicherinnen, die gewillt waren bzw. sind, sich selbst eine demokratische Regierung zu geben. Vielmehr sind es politische Spielregeln und eine Fülle von innen- und außenpolitischen Übereinkünften, die das österreichische "Volk" den "demos", konstituiert haben bzw. konstituieren. Daß ÖsterreicherInnen heute demokratische Rechte haben, ist weder im wörtlichen noch im übertragenen Sinn "ein Verdienst" des Volkes. Nicht das

(österreichische) Volk - der "demos" - hat sich seine Demokratie geschaffen, sondern die (österreichische) Demokratie hat sich ihr Volk, ihren "demos" definiert.

### *Demokratische Verfahren als Tyrannei der Mehrheit?*

Demokratien brauchen ein Institutionengefüge, das es ermöglicht, die beiden Prinzipien der Freiheit und Gleichheit politisch zu realisieren. Das kann besser oder schlechter gelingen, diese Prinzipien können verletzt und vernachlässigt werden. Werden sie aber völlig aufgegeben, dann wird der demokratische Grundgedanke selbst aufgegeben, dann können wir nicht mehr von einer Demokratie sprechen.

Ein Prinzip, das sich weltweit in den verschiedensten Demokratien durchgesetzt hat, ist das Majoritätsprinzip. Aber schon im vorigen Jahrhundert hat Alexis de Tocqueville auf eine Gefahr dieses Prinzips hingewiesen, auf die Gefahr einer Tyrannei der Mehrheit. Die Mehrheit würde den "Status eines Monarchen"; sie würde "verehrt", gelte als unfehlbar. Im Extremfall führt die Tyrannei der Mehrheit nicht nur zur Repression, sondern zur physischen Vernichtung von Minderheiten.

Bereits im 19. Jahrhundert wurde darüber nachgedacht, wie der Gefahr der Tyrannei der Mehrheit durch institutionelle Vorkehrungen begegnet werden könne. So hat John Stuart Mill die Frage nach der Grenze der rechtmäßigen Machtausübung der Gesellschaft (der Mehrheit) über das Individuum, das nicht dieser Mehrheit angehört, gestellt und gemeint, daß es die wichtigste Aufgabe demokratischer Verfahren und Instrumentarien sei, den Machtmißbrauch der Mehrheit zu verhindern. Zu diesen Instrumentarien zählen das Vereins- und Versammlungsrecht, die Rede- und Versammlungs- und Pressefreiheit, und all jene parlamentarischen Regeln, die der Opposition Rechte einräumen. Oppositionsrechte, aber auch ein gesetzlich verankerter Minderheitenschutz sind für heutige Demokratien unverzichtbar.

### *Die ÖsterreicherInnen und die "Fremden"*

Verfassungen legen nicht nur die Spielregeln fest, nach denen die Demokratie funktionieren soll, sondern bestimmen auch, wer demokratischer AkteurIn sein kann und wer dies nicht sein darf. Demokratien unterscheiden ganz prinzipiell zwischen Dazugehörigen und Fremden. Unterschiedliche Demokratien unterscheiden sich jedoch darin von einander, ob sie den Status des "Fremden" als Übergangstatus oder Dauerstatus definieren. Generell produzieren Demokratien Regeln auf zwei verschiedenen Ebenen: Auf einer Ebene sind die "Gleichen" angesiedelt, die diese Regeln auch mitbestimmen können; auf einer zweiten Ebene sind jene angesiedelt, die aus dieser Gleichheit ausgeschlossen sind, die "unterworfen" sind, ohne "gleich" werden zu können. Wird der Status des "Fremden" jedoch als Dauerstatus konzipiert, dann produzieren demokratische legitimierte Verfahren letztlich Xenophobie.

Während die Österreicher und ÖsterreicherInnen demokratische Rechte als selbstverständliche Rechte in Anspruch nehmen, während bestimmte gesetzlich definierte Gruppen einen verfassungsmäßig abgesicherten Minderheitenschutz genießen, ist es für die allermeisten ÖsterreicherInnen selbstverständlich, daß "Fremde" diese Rechte bzw. diesen Schutz in Österreich nicht genießen.

"Fremde" sind alle Nicht-Österreicher, ganz egal, wie lang sie sich in Österreich aufhalten, sie können nicht "heimisch" werden, wenn sie keine ÖsterreicherInnen werden. Aber auch die, die "österreichisch" geworden sind, werden oft genug weiterhin als "fremd" angesehen, weil ÖsterreicherInnen mehrheitlich davon ausgehen, daß ÖsterreicherInnen eben keine Fremden sind und daß ÖsterreicherInnen auch nicht "fremd" ausschauen.

Da "Fremde" kein Wahlrecht haben, werden sie in Wahlkämpfen nicht umworben. Den "Fremden" wird in Vorwahlzeiten nichts versprochen. Es wird über sie gesprochen; sie werden zu Objekten der Politik; sie sind Gegenstand der Wahlversprechungen für ÖsterreicherInnen, ohne selbst Adressaten der wahlwerbenden Parteien zu werden, ohne ein

Stimmrecht in politischen Auseinandersetzungen zu bekommen. Sie werden zu einem Mittel "demokratischer" Konkurrenz, ohne gleichzeitig Akteure dieser Auseinandersetzungen werden zu können.

Sind diese Personen nur vorübergehend in Österreich anwesend, so scheint dies auch unmittelbar einsichtig. Halten sich "Fremde" jedoch langfristig in Österreich auf, ohne daß ihre Rechte an jene der ÖsterreicherInnen angeglichen werden, dann wird das demokratische Prinzip systematisch durchbrochen. Durch Migration ist in den letzten Jahrzehnten eine Situation entstanden, in der viele Menschen, die jahrelang in Österreich leben, hier arbeiten und ihre Kinder zur Schule schicken, keinen Einfluß auf die Formulierung und Verabschiedung von Gesetzen haben und auch keine demokratischen Minderheitsrechte besitzen. Gleichzeitig sind ÖsterreicherInnen, die jahrelang nicht in Österreich leben ("AuslandsösterreicherInnen"), sehr wohl wahlberechtigt. Dieses demos-Verständnis widerspricht jedoch nicht nur demokratischen Grundsätzen, sondern diese Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes untergräbt langfristig die demokratische Legitimität. Langfristig entfernt dieses Demokratiedefizit die österreichische Demokratie von den Grundsätzen der Demokratie und der Menschenrechte.

Es ist dieser "demokratisch legitimierte" Mangel an Demokratie, der die Voraussetzung für einen antidemokratischen Diskurs schafft, einen Diskurs der Gleichheit, der sich mit dem Diskurs der Unterwerfung verbindet. Der demokratische Diskurs der Gleichheit konstruiert Gleichheit. Der Diskurs der Unterwerfung konstruiert diejenigen, die keine Staatsangehörigen sind als fremd: zunächst als Nicht-Bürger, dann als uns "fremde Menschen" und schließlich "Nicht-Menschen".

### *Demokratie weiterdenken*

Der demos-Begriff war immer Fiktion und Kampfbegriff der politischen Emanzipation und der Demokratisierung zugleich. Heute stehen wir mitten in einem Prozeß, der die Fiktion einer nach außen klar abtrennbaren Gemeinschaft von Gleichen immer fragwürdiger erscheinen läßt. Weder lassen sich heute territoriale Grenzen sinnvollerweise hermetisch abgrenzen, noch können wir heute eine Gleichsetzung zwischen jenen, die von politischen Entscheidungen betroffen sind, und jenen, die politische Entscheidungen beeinflussen oder treffen, ziehen. Gerade in Europa sind wir mitten in einer Entwicklung einer Vervielfältigung der Entscheidungsebenen. Aber auch über Europa hinaus nimmt die Zahl der Phänomene und auch der Probleme zu, die sich einer nationalstaatlichen Beeinflussung entziehen.

Das bedeutet, daß wir uns Selbstbestimmung, Mitbestimmung, Beeinflussung politischer Entscheidungen als mehrstufiges Verfahren, das zudem auf einer Vielzahl von Ebenen stattfindet, vorstellen müssen. In einer sich globalisierenden Welt, in einer Welt der Freizügigkeit der Waren, des Handels, des Geldes, ist die nationale politische Entscheidungsebene nur mehr eine von vielen. Politische Partizipation ist innerhalb nationalstaatlicher Grenzen nur teilweise realisiert; gleichzeitig reicht sie über die Grenzen des Nationalstaates hinaus. Wenn Demokratie im 21. Jahrhundert ein bedeutungsvolles politisches Modell bleiben soll, dann wird es v.a. darum gehen, Anstrengungen zu unternehmen, eine größere Übereinstimmung zwischen jenen, die von politischen Entscheidungen betroffenen sind, und jenen, die diese Entscheidungen treffen oder beeinflussen, herzustellen. Demokratie im 21. Jahrhundert müßte neuerlich als ein politisches Projekt aufgefaßt werden, daß aus "Unterworfenen" "Gleiche" macht.

---

## Nachgespuckt?

Einige Anmerkungen zur medialen Erinnerungskultur (1)

Heinz P. Wassermann

---

Festzuhalten bleibt somit, daß die hier analysierten (und von den Medien referierten) zwei Biographien die Schwerpunkte auf die Jahre nach 1945 legen. Werden die Jahre vor 1945 referiert, dann entweder - wie im Falle Dalmas - zumeist cursorisch und für den einschlägig befaßten Leser nicht beziehungsweise kaum zuordenbar oder - wie im Falle Reimanns - selektiv, indem dessen Zugehörigkeit zum Widerstand und die daraus resultierende Verurteilung (positiv) kommuniziert, seine (illegale) NSDAP-Mitgliedschaft jedoch ausgeblendet wurde. Bemerkenswert an Reimann ist überdies, daß dessen 1974 in der Kronen Zeitung publizierte Skandalserie, "Die Juden in Österreich!" (1) in keinem der untersuchten Artikeln - im Gegensatz zum profil (2) und wie bereits oben belegt im Standard - Erwähnung fand, war diese doch zum einen mit dem Namen Reimann aufs engste assoziiert und zum anderen auch in der APA-Aussendung aufgrund von Reimanns Ableben enthalten (3). Nun mag man geltend machen, daß das Tageszeitungsgeschäft ein schnellebiges und tagesaktuelles ist, weshalb den zuständigen Redakteuren kaum zuzumuten ist, biographische Details präsent zu haben. Das freilich greift auf der Ebene zu kurz, wo - wie beispielsweise im Fall der Presse - einige Artikel keineswegs "Schnellschüsse" ausschließlich auf Grund der Tagesaktualität waren. Zum anderen soll exemplarisch als Vergleichsparameter und "Urquelle" die APA-Meldung zum Tode Dalmas herangezogen werden, ist doch davon auszugehen, daß eine solche von vielen Redaktionen zumindest als "Basistext" für einen Nachruf verwendet wurde:

"Alfons Dalma gestorben

Der frühere Chefredakteur und Korrespondent des ORF, Professor Alfons Dalma, verstarb im Alter von 80 Jahren. (28.7.99)

Alfons Dalma wurde am 26. Mai 1919 in Kroatien als Stefan Tomicic geboren. Schon im Alter von 17 Jahren begann er als freier Journalist bei der katholischen Zagreber Tageszeitung "Hrvatska Straza", für die er unter anderem als Korrespondent in Paris tätig war. 1939 wechselte Tomicic zur ebenfalls katholischen "Hravatski Glas". Nachdem die Zeitung 1941, nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Kroatien, verboten worden war, landete Tomicic bei der kroatischen Nachrichtenagentur "Croatia". Von 1941 bis 1943 war er bei "Hravatski Narod", dem Hauptorgan der faschistischen Ustascha-Partei, tätig. Ende des Zweiten Weltkriegs schlug sich Tomicic nach Wien durch und kam dann nach Salzburg, wo er seinen Namen auf Alfons Dalma änderte.

1945 begann Dalma bei den "Salzburger Nachrichten", wo er bis 1954 Chefredakteur war. Bei den "Salzburger Nachrichten" arbeitete er erstmals mit Gerd Bacher zusammen, mit dem ihn eine jahrzehntelange Freundschaft verband. Von 1954 bis 1967 wirkte Dalma in München als Chefredakteur des "Münchner Merkur". 1967 holte ihn ORF-Generalintendant Bacher als Chefredakteur der aktuellen Radio- und TV-Sendungen zum ORF. In der ersten Amtszeit Bachers gehörte Dalma der ORF-Geschäftsführung an. Als Chefredakteur startete er eine Informationsoffensive in Radio und Fernsehen: Unter seiner Leitung wurden die stündlichen Nachrichten und die "Journale" im Radio eingeführt und die TV-Informationssendungen wesentlich ausgebaut.

Von 1974 bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1986 war Dalma ORF-Korrespondent in Rom und beim Vatikan, von 1987 bis 1996 porträtierte er für das ORF-Fernsehen "Die Geburtsstätten Europas". Dalma, seit 1982 Professor und im Jahr 1968 Karl-Renner-Preis-Träger für Publizistik, erhielt zahlreiche hohe österreichische und ausländische

Auszeichnungen: So wurde er zum "Grande Ufficiale" des italienischen Ordens für staatsbürgerliche Verdienste und zum "Chevalier de la Legion d'Honneur" (Ritter der französischen Ehrenlegion) ernannt. Die Republik Österreich zeichnete ihn mit dem Goldenen Verdienstkreuz aus. (APA)" (4)

Uns interessiert in diesem Zusammenhang natürlich primär der erste Abschnitt, der Dalmas Vita bis 1945 ausleuchtet. Besieht man sich nun die mediale Produktion in den untersuchten Tageszeitungen, so geht eindeutig hervor, wie sehr hier vorliegende Informationen zu Dalmas Biographie bis 1945 über weite Strecken ausgeblendet werden. Auch sind die einschlägigen Hinweise - in der Kleinen Zeitung beispielsweise - eher als cursorisch denn als substantiell zu bezeichnen.

Um nicht mißverstanden zu werden: Hier geht es nicht um eine Medienschelte, sondern um das Aufzeigen von historischer Information im Getriebe der Tagespresse und um das Nachzeichnen von typischen Kommunikationsstrukturen. Charakteristisch für die analysierten Texte sind zum einen das oben belegte Ausblenden (Dalma) beziehungsweise selektive Verzerren (Reimann), zum anderen - vor allem in den Artikeln der Presse und fokussiert im Einleitungszitat Chorherr - die strikte Zurückweisung der Thematisierung der Jahre bis 1945, sofern diese nicht eine positiv zu wertende Vita aufweisen. Besieht man sich den Gesamtbestand der einschlägigen Presstexte, so fällt ein drittes Charakteristikum auf, daß nämlich die einzelnen (und in einem größeren Zusammenhang die kollektiven) Biographien ihre Schwerpunkte in den Jahren ab 1945 haben.

Hans Heinz Fabris und Fritz Hausjell formulierten diesbezüglich 1991: "Generationen von Journalisten sind weitgehend geschichtslos aufgewachsen; es sei denn, man ersetzt Geschichte durch Geschichten - die durch alle Medienunternehmen geistern. Kenntnisse der Traditionen des eigenen Berufes in den Zeiten der Monarchie, der Ersten Republik, im Austrofaschismus, während der Herrschaft des Nationalsozialismus, das Wissen, um den Anteil der Journalisten um die (Re-)Konstruktion des "neuen" Österreich nach 1945, dürften sowohl im Bewußtsein des Medien-Publikums als auch der meisten Angehörigen der schreibenden Zunft bestenfalls fragmentarisch vorhanden sein." (6) Dieser Befund ist freilich um den Umstand zu ergänzen, daß dies weniger eine Geschichtslosigkeit ob mangelnder Informationen, sondern eine Geschichtslosigkeit ob - wie zu vermuten ist - bewußtem Ausblendens ist.

Um nochmals auf den eingangs zitierten Thomas Chorherr zurückzukommen: Nicht nur Die Presse, alle (untersuchten) Tageszeitungen "spuckten" nicht ins Grab nach.

#### Anmerkungen

(1) Nachfolgend Auszüge aus dem Artikel "Nachgespuckt? Einige Anmerkungen zur medialen Erinnerungskultur". Es handelt sich um zusammenfassende Beobachtungen von Heinz Wassermann zu den Biographien von Viktor Reimann und Alfons Dalma; es sind dies Ergebnisse der Diplomarbeit (Gepreßte Geschichte. Der Nationalsozialismus in der veröffentlichten Meinung der Tagespresse der Zweiten Republik, Graz 1990) bzw. Dissertation Wassermanns ("Und ab heute Kinder sagen wir 'Grüß Gott!' und nicht mehr 'Heil Hitler!'. Nationalsozialismus, öffentliches und veröffentlichtes Geschichtsbewußtsein in Österreich nach 1945"; 3 Bde.; Phil.Diss. Graz 1998). Der gesamte Artikel ist nachzulesen auf der Homepage der Gesellschaft für politische Aufklärung.

(2) Siehe Marin, Bernd: "Die Juden" in der Kronen-Zeitung. Textanalytisches Fragment zur Mythenproduktion 1974. In: Bunzl, John und Marin, Bernd: Antisemitismus in Österreich. Sozialhistorische und soziologische Studien. Innsbruck 1983 (= Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte der Neuzeit, Bd. 3), S. 89- 169.

(3) Siehe N. N.: Geburtstag. In: profil, 5/1995. S. 19 und N. N.: Reimann voller Widersprüche. In: profil, 42/1996. S. 19.

(4) APA436 5 II 0320 KI/MI

(5) <http://www.vienna.at/tmh/zr/national/chronik/news-26081.asp>

(6) Fabris, Hans Heinz: Journalismus im "neuen" Österreich. In: Die Vierte Macht. Zu Geschichte und Kultur des Journalismus in Österreich seit. 1945. Hg. v. Fabris, Hans Heinz und Hausjell, Fritz: Wien 1991 (= Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, Bd. 35). S. 1-9 (hier S. 1).

---

**Beiträge von:**

- Univ.Prof.Dr. Erna Appelt, Politologin, Universitätsprofessorin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck
- Univ.Doiz.Mag.Dr. Reinhold Gärtner, Politologe, Sekretär der Gesellschaft für politische Aufklärung, Innsbruck
- Univ.Prof.Dr. Anton Pelinka, Vorsitzender der Gesellschaft für politische Aufklärung, Institutsvorstand des Instituts für Politikwissenschaft, Universität Innsbruck
- Dr. W. Rimpau, Arzt in Berlin
- Univ.Prof.Dr. Erika Thurner, Politologin, Universitätsprofessorin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck
- Mag.Dr. Heinz Wassermann, Historiker, Graz

---

*Reinhold Gärtner (Hg): Blitzlichter - Österreich am Ende des Jahrhunderts.  
StudienVerlag Innsbruck 1999  
150 Seiten*

Beiträge von:

Erna APPELT, Peter FILZMAIER, Reinhold GÄRTNER, Richard HUSSL, Anton PELINKA; Fritz PLASSER, Sieglinde Katharina ROSENBERGER, Tom SCHLESINGER

---

*Einleitung*

Ein Jahrhundert - ein Jahrtausend - geht zu Ende. Es ist nicht zum ersten Mal, daß bei solchen Anlässen reflexiv nachgedacht wird, was denn nun von dieser Zeit in Erinnerung bleiben könnte, was diese Zeit maßgeblich geprägt hat.

"Blitzlichter" sind notwendig, für Momentaufnahmen, Diese Aufnahmen - am Ende eines Jahrhunderts - können in deren bewußter Auswahl sehr wohl einen Blick auf größere Gesamtheiten erlauben. Im Augenblick des Aufblitzens werden Details sichtbar, die zwar vorhanden, in der Dunkelheit aber leicht vergessen werden. Blitzlichter können und sollen nicht einen Gesamtüberblick anbieten, sondern durchaus subjektiv ausgewählte Einzelaspekte ausleuchten (die wiederum in ihrer Gesamtheit mehr als isolierte Einzelbetrachtungen bieten). Eine Ausgangsüberlegung für diesen Sammelband war, über bestimmte Entwicklungen nachzudenken, bestimmte Entwicklungen nachzuzeichnen. Wir haben uns aus mehreren Gründen für diese Variante entschieden. Unserer Meinung nach waren viele Phänomene des ausgehenden Jahrhunderts bereits - in zumeist deutlich anderer Form - zu Beginn des Jahrhunderts anzutreffen. Daneben sind viele Aspekte das aktuellen österreichischen gesellschaftspolitischen status quo nur durch einen Rückblick erklärbar bzw. verständlich.

Wer etwa den Zustand der österreichischen Demokratie, wer den Antisemitismus oder die Entwicklung der Arbeitswelt oder der Geschlechterverhältnisse betrachtet, wird um einen Blick in vergangene Zeiten nicht umhin können.

Anton PELINKA beschäftigt sich mit der Entwicklung der Demokratie: Für die Jahrhundertwende vom 19. Zum 20. Jahrhundert konstatiert er ein autokratisches, jedenfalls vor- bzw. halbdemokratisches Österreich, für 2000 ein Österreich, das grundsätzlich den Kriterien liberaler westlicher Demokratien entspricht - dennoch noch durchwoben von Komponenten, die eindeutig vor-, un- oder nichtdemokratisch sind.

Fritz PLASSER behandelt die Wandlungen der Parteien und deren Wähler/innen: damals segmentierte (Partei)Subkulturen oder abgeschottete Sozialmilieus als Ausdruck einer fragmentierten und polarisierten Gesellschaft, heute der Weg zur Cyberdemokratie, in der Wähler/innen sich die homepages der Parteien ansehen, unterschiedliche Stellungnahmen zu aktuellen Themen suchen, mit den verschiedenen Parteien bzw. deren virtuellen Sektionen chatten.

Reinhold GÄRTNER befaßt sich mit dem Antisemitismus. Vom berühmt-berüchtigten Antisemitismus eines Karl Lueger über die kontinuierliche Eskalation bis zum nationalsozialistischen Vernichtungskrieg gegen Juden. Nach 1945 war Antisemitismus nicht verschwunden, aber anders. Nicht mehr die offene, breite Teile der Gesellschaft durchdringende Selbstverständlichkeit des Antisemitismus, sondern subtiler, weniger offen - und vor allem auch weniger radikal und brutal.

Richard HUSSL beschreibt den Aspekt Arbeitswelt anhand der Entwicklung der Arbeitszeit. Arbeitstage von 11-13 Stunden, nach 1918 die Einführung des 8-Stunden-Tages, 1959 die Einführung der 45-Stunden-Woche bis zur heutigen Regelung von rund 38 Stunden. Parallel dazu die Verlängerung des Jahresurlaubs - noch 1946 zwei Wochen, später (1965) drei und seit 1986 generell fünf Wochen Mindesturlaub.

Peter FILZMAIER schildert Österreichs Außenpolitik - von der monarchischen Großmacht zum republikanischen Kleinstaat, von der Entwicklung des Österreich-Bewußtseins bis zum geänderten Neutralitätsverständnis und von der Dominanz der Beziehungen mit den Nachbarstaaten bzw. Signatarstaaten des Staatsvertrages von Wien 1955 bis zur EU-Orientierung am Ende des Jahrhunderts. Zu häufig - so Filzmaiers nüchternes Resümee - hat Österreich in diesem Jahrhundert re-agierte und nicht agiert.

Erna APPELT stellt verschiedene österreichische Geschichtswahrnehmungen zur Diskussion. Ihr geht es nicht so sehr um die individuelle Dimension, um ein jeweils sehr komplexes Gemisch aus Schulwissen, in Familien und Medien vermitteltem Wissen oder auch von Stereotypen, am Stammtisch reproduzierten Geschichten davon, "wie es nämlich wirklich gewesen" sei. Vielmehr geht es um die Frage nach der "kollektiven Wahrnehmung von Geschichte" - wobei sich diese kollektive Wahrnehmung wiederum aus Einzelwahrnehmungen zusammensetzt.

Individuelle Wahrnehmungen sieht Appelt als Resultat höchst komplexer Prozesse, wobei sich allerdings bestimmte Geschichtswahrnehmungen besonders erfolgreich als "gültig" fest- bzw. durchsetzen.

Sieglinde Katharina ROSENBERGER titelt ihren Beitrag mit "Das halbierte Leben, die verspätete Demokratie, die doppelte Arbeit", sie behandelt einerseits Demokratisierung und Modernisierung unter dem Blickwinkel von gender, andererseits Ansätze und Fortschritte einer Politik der Gleichberechtigung. Eine Politisierung der Geschlechterverhältnisse - so Rosenbergers Resümee - war erst unter demokratischen Rahmenbedingungen möglich: Autoritäre und diktatorische Rahmenbedingungen sind stets gegen die Gleichberechtigung und gegen die Berufstätigkeit der Frauen vorgegangen".

Tom SCHLESINGER analysiert schließlich die Außensicht: der Blick auf Österreich von speziellen Nachbarn wie Ungarn, Italien, Deutschland oder der Schweiz; das nicht immer konfliktfreie Verhältnis der römisch-katholischen Kirche zu Österreich und selbstverständlich

die Rolle Österreichs während der Waldheim-Affäre und die entsprechenden Assoziationen im Ausland. Abschließend präsentiert Schlesinger einen Blick auf antidemokratische Tendenzen in Österreich und die zukünftige Entwicklung.

---

*L'HOMME 1/1999, Citizenship, Wien, 162 Seiten*

Reinhold Gärtner

---

Das Thema "citizenship" (Staatsbürgerschaft) wurde in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten zunehmend mehr und unterschiedlicher diskutiert als in vielen Jahrhunderten vorher. Hinter der Frage von "citizenship" steht ganz wesentlich, wer - weil citizen, weil Staatsbürger/in - zu einem Staat "dazugehört" und wer nicht; wer als Zugehörige/r Rechte und Pflichten besitzt und wer nicht. Die Frage der (möglichen) Doppelstaatsbürgerschaft, die in Deutschland nach der Bundestagswahl vom Herbst 1998 verstärkt diskutiert worden war, ist eine mögliche Facette dieser citizenship-Diskussion. Darin schon angelegt die Frage des rechtlichen, staatsbürgerlichen Umgangs mit Migration, mit den Millionen Ausländer/innen - den Nicht-EU-Bürger/innen - innerhalb der EU-Länder.

Die Frage "citizenship" stellen sich auch die Autorinnen von L'HOMME 1/1999. Lange Zeit war citizen gleichbedeutend mit männlichen Bürgern, nahezu alle historischen Entwürfe von "citizenship" aber hatten eines gemeinsam: "sie begründen und legitimieren männliche Herrschaft über Frauen; sie alle schließen Frauen mit unterschiedlichen Begründungen aus dem Bereich des Politischen aus" (7)

Nicht von ungefähr war deshalb von Beginn an eines der Schlüsselthemen der Frauenbewegung die Frage nach citizenship, die Frage, was eine/n Bürger/in eigentlich und letztendlich ausmache.

Warum aber sind diese Fragestellungen (neuerlich?) Konjunkturthemen? Zunächst ging es um die Frage nach "social citizenship". Soziale Rechte könnten jene Unterschiede, die durch das kapitalistische System notwendigerweise entstünden, ausgleichen und die Ausübung politischer Rechte ermöglichen. In den späten 70er Jahren wurden die Begriffe des "aktiven Bürgers" und der "Bürgergesellschaft" geprägt; der Forderung nach sozialen Rechten wurden Werte wie Verantwortung, Familienpflichten und Gemeinsinn gegenübergestellt: "Der verantwortungsbewußte 'aktive Bürger' sollte sich von dem verächtlich gemachten 'passiven' Leistungsempfänger abheben. ... Soziale Ungerechtigkeiten sollten mit dieser Argumentation 'naturalisiert' und die Ursachen für diese Ungleichheiten den einzelnen Individuen zugeschrieben werden." (9)

In Europa hatten in den vergangenen Jahren vor allem zwei Phänomene die citizenship-Debatte neu belebt: zum einen die Frage der Migration, zum anderen jene der politische Transformation der EU. Einerseits sind die EU-Staaten seit langer Zeit Einwanderungsländer, andererseits gehen zunehmend Kompetenzen von den Einzelstaaten zur EU als Gesamtheit. Die Frage also, wer "zu uns" gehört und wer nicht, bekommt unter diesen Voraussetzungen eine neue und wichtige Relevanz.

Einerseits erleben wir die - teilweise verschärfte, teilweise massiv xenophobe und rassistische - Abgrenzung der Nationalstaaten nach außen, andererseits die Entwicklung einer "europäischen Identität", die aber Drittstaatsangehörige ausschließt.

Vor diesem Hintergrund konzentrieren sich die Autorinnen des vorliegenden Bandes auf die Frage des Erwerbs von citizenship, nicht so sehr auf die Frage nach der politischen

Ausgestaltung des citizenship-Konzepts.

Regina Wecker beschreibt die Entwicklung von Gemeindebürgerrecht und Staatsangehörigkeitsrecht von Frauen in der Schweiz während der letzten beiden Jahrhunderte; Hannelore Burger die Geschichte der Staatsbürgerschaft von Frauen von Österreich anhand von Fallbeispielen aus dem 19. Jahrhundert.

Dilek Cinar und Helma Lutz gehen der Frage von Migration und Staatsbürgerschaft nach; Cinar in bezug auf Österreich, Lutz mit Blick auf europäische Szenarien.

Außerhalb des Schwerpunkts stehen die Beiträge von Yvanka Raynova, Elisabeth Malleier; Aktuelles, Kommentare, Rezensionen und Annotationen.

Das Heft 1/1999 von L'HOMME "citizenship" ist im Böhlau Verlag erschienen und kostet ATS 235,-

---

*Erich Stöller, Mythos und Aufklärung. Psychoanalytische und kulturgeschichtliche Aspekte des Themas Herrschaft, Stuttgarter Arbeiten zur Germanistik: Nr.367, Stuttgart 1999.*

Erika Thurner

---

Nach der letzten Nationalratswahl in Österreich gab es bei den großen Wahlverlierern Einsichten und Schuldbekennnisse - mit Begriffen, die die Probleme mehr zu- als aufdeckten. Fehler und Versäumnisse wurden bei der Integration der Zuwanderer und einer beispiellosen Diffamierung der Armut ("ökonomischer Rassismus") zugegeben. Die Politiker zeigten sich betroffen. Geradema betroffen genug für gesellschaftskosmetische Aktionen...

Der Umgang mit dieser politischen Kultur legte ein schwer zu beseitigendes Hauptproblem offen - die umfassende Ratlosigkeit und den Erklärungsnotstand eines Phänomens: dem des Rückfalls in die vorsolidarische Kultur.

Die gesellschaftlichen Vorgänge, die Politik und deren Widerspiegelung im Menschen (der menschlichen Natur) hat sich der Salzburger Psychologe Erich Stöller zum Thema seines Buches "Mythos und Aufklärung" gemacht. Ein Buch, in dem Psychologie, Soziologie und die Geschichte der Menschen aus ihren jeweiligen geschachtelten Departements herausgelöst werden.

"Mythos und Aufklärung", ein Buch als Schlüssel zum Verständnis dafür, daß den aufgeworfenen Problemen nicht durch weniger, sondern nur durch mehr Vernunft zu begegnen ist. Stöller zeigt den Widerspruch zwischen gesellschaftlich notwendiger Unterdrückung und deren geschichtlich möglicher Aufhebung. Und das in der Tradition der Frankfurter Schule und der Freud'schen Psychoanalyse: die Psyche als Schauplatz der Geschichte!

Ein faszinierendes Buch über den Verlauf der Menschheitsgeschichte, in der sich Ratio, Kalkül und das Streben nach Glück gegenseitig durchkreuzen. Ein analytisches Buch über die Entstehung von verfestigter Herrschaft von Menschen über Menschen - und von einer "Schuld", die in der Hinnahme und dem Einverständnis mit der Unterdrückung liegt.

"Mythos und Aufklärung" zeigt die fatale Diskrepanz zwischen dem Lustprinzip und dem Realitätsprinzip auf:

"Seit es Menschen gibt, hat der Mensch sich zu wenig gefreut: Das allein ... ist unsere Erbsünde!" (Friedrich Nietzsche, Zarathustra: Von den Mitleidigen)

---

*Heinz Fassmann/Helga Matuschek/Elisabeth Menasse (Hg): abgrenzen - ausgrenzen - aufnehmen. Empirische Befunde zu Fremdenfeindlichkeit und Integration. Drava Verlag Klagenfurt, 1999, 255 Seiten*

Reinhold Gärtner

---

1999 starb Marcus Omofuma; kurz später betonte NRAbg. Helene Partik-Pable, daß Schwarzafrikaner nicht nur anders (als wer?) ausschauen würden, sondern "sie sind auch anders, und zwar sind sie besonders aggressiv. Das liegt offensichtlich in der Natur dieser Menschen." (10.5.1999 im Nationalrat). 1999 plakatierte die FPÖ einen "Stop der Überfremdung", kurz später war es wiederum Partik-Pable, die die "A-card" ("Austria-Card" - kurz später - weil vermutlich zu über-fremd -, in "Ö-Karte" umbenannt) zur Kennzeichnung von Ausländern präsentierte.

Es gab auch andere Signale: So erschien 1999 ein Buch, das bereits mit dem Titel "abgrenzen - ausgrenzen - aufnehmen" genau dieses "Ausländerthema" aufgriff. 1995 waren vom bm:vw im Rahmen des Forschungsschwerpunkts "Fremdenfeindlichkeit - Erforschung, Erklärung, Gegenstrategien" 30 Forschungsprojekte vergeben worden. Es sollte - so die damalige Intention - das Phänomen Fremdenfeindlichkeit interdisziplinär erforscht und damit nicht nur akademisches Wissen vermehrt, sondern auch handlungsrelevante Gegenstrategien formuliert werden.

Die ersten Ergebnisse dieser Projekte wurden nun in Buchform veröffentlicht. Günther Lebhart und Rainer Münz präsentieren unter dem Titel "Die Österreicher und ihre 'Fremden'" Ergebnisse einer umfassenden empirischen Studie über Wissen über und Einstellungen zu Fremden; Claire Wallace untersucht "Xenophobie in Zentral- und Osteuropa" - es geht um Ausmaß und Formen von Fremdenfeindlichkeit in 11 mittel- und osteuropäischen Ländern. Dilek Cinar, Ulrike Davy und Harald Waldrauch vergleichen das Ausmaß an Integration in verschiedenen europäischen Ländern (anschließend an den und als wichtige Fortsetzung des hervorragenden "Integrationsindex" von 1995).

Die Integration am Arbeitsmarkt untersuchten Regina Haberfellner/Ulrike Böse ("Ethnische Ökonomien") und Harald Fassmann/Rainer Münz/Wolfgang Seifert (Ausländische Arbeitskräfte in Deutschland und Österreich).

Einge weitere Beiträge befassen sich mit dem Wohnungssektor bzw. dem Themenbereich "Wohnen" allgemein: Josef Kohlbacher/Ursula Reger ("Wohnnachbarschaft und Ausländerfeindlichkeit") und Helmut Dornmayr (Fremdenfeindlichkeit im lokalen Kontext). Theoretisch wird dieses Thema noch von Helmut Häußermann behandelt ("Zuwanderer in der Stadt"). Schließlich Bernhard Perchinig ("Migranten- und Minderheitenpolitik") über Stadtpolitik in Birmingham.

Abschließend ein Beitrag von Dietrich Thränhardt über die Rolle ethnischer Organisationen und Netzwerke und von Friedrich Kröll über "Islamischer Schulunterricht in Wien".

Die Publikation "abgrenzen - ausgrenzen - aufnehmen" war überfällig. Es wird dem Grundsatz Rechnung getragen, daß Information - zwar nicht allein und ausschließlich, aber

dennoch - einen wichtigen Beitrag zum Abbau von Vorurteilen beisteuern kann. Wenn BM Einem im Vorwort betont, daß es auch darum ging, praxisrelevante Strategien zu entwickeln, so ist hier ein wichtiger Schritt dazu nicht nur gesetzt worden, sondern gelungen. Es ist zu hoffen, daß in weiteren Bänden der Themenbereich "Fremdenfeindlichkeit und Integration" ähnlich informativ und umfassend abgehandelt und präsentiert wird.

---

*Kurt Hörbst: Überlebt: Menschenbilder - Lagerbilder. Bibliothek der Provinz. Verlag für Literatur, Kunst und Musikalien. Weitra, Österreich 1999, ATS 980,-, 204 Seiten*

W. Rimpau

---

"Im vollen Bewußtsein, dem Thema ob seiner Dimension nicht gerecht werden zu können, begann ich das Projekt. Zu Beginn wußte ich nicht, wohin mich diese Arbeit führen, beziehungsweise, wie sie sich entwickeln würde und letztendlich darstellen ließe. Nach fast drei Jahren Arbeit kann und soll diese Publikation nur einen Versuch oder eine Skizze darstellen."

Mit diesen Sätzen kommentiert der 1972 in Apfoltern geborene Fotograf und Lehrer an der Prager Fotoschule sein großformatiges 202 Seiten starkes Werk. Sein Blick richtet sich auf ein - wahrscheinlich das - zentrale Ereignis des zuende gehenden Jahrhunderts - Auschwitz. Ein Blick von und für uns "Nachgeborene(n)"? Spurensuche in Europa, dessen Länder und Völker wie in keinem Jahrhundert durch Mord und Barbarei zum Opfer fielen?

Zeugnis abzulegen über das Erlebte wurde für alle, die überleben konnten zum wichtigsten Motiv, um weiterzuleben. Vielen Berichten aus deutschen KZ's unterliegt die uns oft unverständliche Grundhaltung von Schuld, überlebt zu haben. Jeder der Überlebenden hat 10, 100 oder gar mehr Kameraden sterben sehen, hat überlebt, während (manchmal weil) andere sterben mußten. Wie kann man den Bericht gemäß der Inschrift über Dantes Höllentor aufnehmen und vermitteln: "Ihr, die ihr hier eintretet, lasset alle Hoffnung fahren"? Es gäbe keine Hoffnung mehr und Vergessen machte sich breit, wenn nicht die Erinnerung an die Opfer lebendig bliebe - ein Gebot schon deshalb, weil ohne dieses die Mörder wirklich gesiegt hätten.

Auschwitz, Birkenau, Majdanek, Mauthausen, Theresienstadt, Dachau, Sachsenhausen, Ravensbrück, Buchenwald, Flossenburg sind abgebildet, fotografisch dokumentiert, en detail, als Fragment, als Ruine, als Zeugnis, als Symbol. Fotografie als Kunst macht es dem Betrachter leichter, als manche Künstlichkeit und Nüchternheit wissenschaftlicher Dokumentation, sich dem Grauen zu nähern. Geglückt konnte die auf uns oft distanzierend wirkende Schablone herkömmlicher ritualisierter Ikonen vermieden und überwunden werden, durch die manche Gedenkstätten ihr Anliegen dokumentieren. Hier gilt endlich einmal nicht die unendlich große Zahl, die Anonymität, das System. Hier wird individueller Zugang erleichtert. Die persönliche Botschaft des Fotografen ist das eine. Das andere ist die Biographie mit Bedacht ausgewählter Zeitzeugen, Opfer und Überlebender, Anwälte ihrer toten Leidensgefährten. Sie sprechen durch ihr Portrait und sparsamen Aussagen: Dagmar Ostermann, die in Wien lebende Jüdin, Karl Stojka, der in Wien lebende Roma, DDR. Ella Lingens, die in Wien lebende Ärztin und Juristin, Fritz Kleimann, ein in Wien lebender Jude, Hilde Sobot, die bei Wien lebende Jüdin, Elisabeth Böcklinger, die bei Linz lebende Frau, Franz Willinger, der bei Linz lebende Kommunist, Marko Feingold, der in Salzburg lebende

Jude, Francisko Comellas Linares, ein in Linz lebender Spanier, Hans Landauer, der in Wien lebende Exkommunist, Dr. Franz Danimann, der in Wien lebende Sozialist, Norbert Lopper, der in Wien lebende Jude. Wilhelm Gugig, der in Wien lebende Jude, Leopold Engleitner, der bei Bad Ischl lebende Zeuge Jehovas, Johann Steinbock, der in Steyer lebende Pfarrer. Unmittelbar vor seiner nicht mehr erwarteten Befreiung aus einem Außenlager Buchenwalds Langenstein-Zwieberge schrieb H. G. Adler seinen Gedichtszyklus "Das ist das Ende":

*Urwelt der Träume ...  
O, über mich!,  
Ausgeschüttet  
Über mich Armen,  
Der ich verlassen  
Wankend stehe  
Im Nacht-Gedächtnis  
Dieser verwirkten Welt  
In erstarrt erstarrender Wirklichkeit! -*

Adler widmete sich - wie keiner vor ihm und auf diesem Niveau wenige nach ihm - mit seinem wissenschaftlichen Oeuvre bis zu seinem Lebensende 1988 der Analyse des nationalsozialistischen Lagersystems, in seiner Lyrik dem Erleben und Erleiden, der Erinnerung und Schuld, dem Zweifel und der Hoffnung. Die Botschaft des uns nun vorliegenden Buches ergänzt Adlers dichterische und wissenschaftliche Möglichkeit, mit einem Jahrhundert- und Menschheitsereignis zurechtzukommen, für das Worte, Gesten und Einfühlungsvermögen oft genug fehlen. Der "Versuch" von Kurt Hörbst scheint mir gelungen, insofern er nicht den Anspruch erhebt aber die Möglichkeit eröffnet, Erinnerung als immer fragmentarisch aber dennoch evident nachvollziehbar zu machen. Dem Verleger Richard Pils sei Dank und Zuspruch gesagt, sich mit dieser Edition etwas außerhalb seiner Themen der "Bibliothek der Provinz" zu bewegen. Diesem hier zu würdigenden Buch sind Leser in allen deutschen vielleicht sogar europäischen Provinzen Betrachter und Leser zu wünschen.

"Überlebt. Menschenbilder - Lagerbilder" erhielt 1999 die Auszeichnungen "Schönste Bücher Österreichs" und "Schönster Buchumschlag Österreichs".

---

## Hermann - Langbein - Symposium

Nationalsozialistische Ideologie, deren Folge: Auschwitz  
Ideologie und Wirklichkeit des Nationalsozialismus

**Zeit: 03. 04. 2000 - 07. 04. 2000 in Steyr - Museum der Arbeitswelt**  
**Ort: Museum industrielle Arbeitswelt, Wehrgrabengasse 7, A-4400 Steyr**

---

*Montag, 03.04.00*

**Schwantner:** Begrüßung, Organisatorisches, Einleitung

**Univ. Prof. Dr. Anton Pelinka** (Universität Innsbruck): Faschismus, der Unterschied des Nationalsozialismus zu allen anderen faschistischen Systemen

**Ernst Klee** (Buchautor): Die Verbrechen der deutschen Wehrmacht

**Mag. Roman Drynko** (stellver. Direktor, Gedenkstätte KZ - Stutthof), **Mag. Wieslaw Wysok** (Gedenkstätte Majdanek), **Mag. Alexandra Rudy** (Direktorin, Gedenkstätte Groß Rosen): Zusatzangebot: Kamingespräch Arbeit an den Gedenkstätten in Polen

*Dienstag, 04.04.00*

**Univ. Prof. Dr. Horst Seidler** (Universität Wien): Die "Rassenideologie" des Nationalsozialismus, ihre Wurzeln in Deutschland und Österreich - ihr Fortwirken, Entwicklung der "Euthanasie" bis 1933

**Dr. Ute Hoffmann** (Gedenkstätte Bernburg an der Sale): Die "Euthanasie" im NS - Staat Aktion T4 und 14/f 13 und Die Gedenkstätte Bernburg, didaktische Umsetzung

**Dr. Willi Dressen** (Staatsanwaltschaft Ludwigsburg): Die Strafverfolgung von NS-Verbrechen

*Mittwoch, 05.04.00*

**Danimann, HR Hans Marsálek** (Überlebender des KZ - Mauthausen): Das System der NS - Konzentrationslager am Beispiel Auschwitz und Mauthausen

**Dr. Petz** (Universität Wien), **Johannes Schwantner** (Berufsschule für Gastgewerbe Wien): Exkursion nach Mauthausen

**Mag. Roman Drynko** (stellver. Direktor, Gedenkstätte KZ - Stutthof), **Mag. Wieslaw Wysok** (Gedenkstätte Majdanek), **Mag. Alexandra Rudy** (Direktorin, Gedenkstätte Groß Rosen): *Zusatzangebot:* Das KZ-Stutthof, KZ Groß Rosen und das KZ - Majdanek

*Donnerstag, 06.04.00*

**Rudolf Sarközi** (Kulturverein österreichischer Roma): Das Schicksal der österreichischen Zigeuner in der Vergangenheit und Gegenwart

**Widerstand und Verfolgung in Steyr** und Gedenkstätten in Steyr

*Freitag, 07.04.00*

**Prof. Herbert Exenberger** (Österreichisches Dokumentationsarchiv): Das DÖW als Quelle für zeitgeschichtliche Schulprojekte

*Seminarleiter:*

**Johannes Schwantner** (Berufsschule für Gastgewerbe Wien)

*Veranstalter und Auskünfte:*  
Pädagogisches Institut des Bundes in Wien  
Grenzackerstraße 18, A-1100 Wien

**Frau Ingrid BL Lebersorger** Mi. u. Do. T: +43 1 60118-4420, F:+43 1 60118-4500, T: +43 1 60118-4000 o. 4100; internet: <http://www.pib-wien.at/pib-wien> internet: <http://www.pib-wien.at/pib-wien> e-mail: [pib.bmhs@pib-wien.ac.at](mailto:pib.bmhs@pib-wien.ac.at)